

Landessynode 23.04.2026 bis 25.04.2026

Bericht der Kirchenpräsidentin

Die Kirchenpräsidentin warnte in ihrem Bericht vor dem Erstarken des Extremismus, vor dem Abbau der Demokratie und vor dem Abbau der Menschenwürde. Daher sei die gesellschaftliche Relevanz der EHKN als politische Kirche gegenwärtig besonders groß. Anhand von Auszügen aus dem Regierungsprogramm der AfD in Sachsen-Anhalt legte sie ihre Sorge dar, dass die AfD unsere auf Menschenwürde aufgebaute Demokratie zerstört. Sie kritisierte die Lücken die Parteien im ländlichen Raum gelassen hätten und die von der AfD gezielt gefüllt würden. Der Extremismus setze auf Ängste vor Krisen und das Gefühl nichts ändern zu können, auf Verlusterfahrung, insbesondere der eigenen Identität. Es wachse das Misstrauen und es entstünden Misstrauensgemeinschaften. Komplexität erfordere aber mehr Vertrauen. Kirche müsse die Mitte stärken und mit ihr im Dialog bleiben. Sie müsse zudem der aufkommenden Kritik am Mitgefühl entgegenwirken.

Die Kirche sehe alle Menschen als Gottes Ebenbild, die den biblischen Auftrag zu verantwortlichem Handel auf Erden haben. Es gehe nicht um moralische Appelle, sondern um das Zugehen und Zuhören. Wichtig seien kleine niedrigschwellige gemeindliche Projekte. Dafür solle ein Werkzeugkasten entwickelt werden. Der Jugend solle eine Heimat, Vertrauen und Halt geben werden. Polarisierungsdynamiken könnten durch gemeinsames Nachdenken in demokratischen Prozessen durchbrochen werden. Schließlich müsse die Hoffnung gestärkt werden, denn Hoffnung mache Tatkraft und nehme die Furcht.

Änderung der KGWO

Durch eine Änderung der Kirchengemeindevahlordnung können Extremisten aus kirchlichen Gremien ausgeschlossen werden. Nach der Änderung sind nur Personen wählbar, die sich „weder kirchenfeindlich verhalten noch extremistische, antisemitische, rassistische oder sonst menschenverachtende Positionen vertreten oder in Organisationen Mitglied sind oder sich betätigen, die entsprechende Positionen vertreten.“

Digitalisierung

Die Kirchenverwaltung sprach in einer selbstkritischen Einschätzung die Funktionsprobleme beim digitalen Meldewesen und der Belegbearbeitung offen an und entschuldigte sich bei den Anwendern für die dadurch aufgetretenen Schwierigkeiten. Die Kirchenverwaltung stellt Verbesserungen in Aussicht. Von 36,5 Positionen in der EDV seien derzeit noch 17 unbesetzt. Drei Projekte mit denen grundlegende und vorbereitende Maßnahmen umgesetzt wurden seien abgeschlossen. Das EKHN Portal sei im Regelbetrieb und 5 Projekte seien gestartet worden, die zentrale Hard- und Softwarebeschaffung, das Dokumentenmanagementsystem, das Wissensmanagement, das Changemanagement und die digitale Zusammenarbeit in den Nachbarschaftsräumen.

Aus der Synode wurden Kostentransparenz, eine Priorisierung der Projekte mit einer Projektampel und eine Verbesserung der Bearbeitungszeiten gefordert. Ermöglichung müsse vor Regulierung, Vertrauen vor Kontrolle gehen. Es dürfe nur so viel Zentralisierung wie nötig aber so viel Regionalisierung wie möglich geben. Die zentrale Beschaffung solle ein bedarfsorientiertes Angebot sein und eine örtliche Beschaffung nicht ausschließen wo eine mögliche Beschaffung möglich ist. Der Bedarf für eine digitalisierte Verwaltung in den Gemeinden könne nicht vollständig vom EKHN Portal abgedeckt werden. Die letzte Forderung wurde vom Finanzausschuss kritisch gesehen. Der Finanzausschuss strebt eine Kostenverteilung auf alle ohne Insellösungen an und will Doppelstrukturen vermeiden.

Problematisiert wurde auch die Entstehung einer Machtstruktur durch Nutzerfreigabe seitens der Kirchenverwaltung.

sieht die Erprobung kritischer. Die Erprobungsphasen dauerten teilweise nur wenige Monate. Es fehlt an einer konkreten Beschreibung der Aufgaben der Verwaltungsleitung in Abgrenzung zur Assistenz durch Bürokräfte. Die Verwaltungsleitungen benötigen eine breite Expertise in den Bereichen Bau, Personal und Finanzen. Das Weisungsrecht der Kirchenleitung an die bei der Gesamtkirche angestellten Verwaltungsleitungen ist konfliktträchtig.

Gebäudebedarf

Es muss eine Plan für die Zeit nach 2030 vorbereitet werden. Dieser soll flexibler gestaltet werden als der aktuelle Plan. Er soll stärker inhaltlich und nutzungsseitig ausgerichtet werden. Für die Entwicklung von C-Gebäuden könnten Gesellschaften zur Immobilienentwicklung gegründet werden.

Sexualisierte Gewalt

Es wurde eine deutschlandweite gemeinsame Kommission zum Umgang mit sexualisierter Gewalt und der Entschädigung der Opfer eingerichtet. Eine deutschlandweite Richtlinie wurde zwar erstellt, jedoch bislang nicht verabschiedet. Es gibt bereits eine Geschäftsstelle der Kommission, die nach Richtlinie als Orientierungshilfe arbeitet. Die Gewaltschutzrichtlinie der EKD wird überarbeitet werden.

Änderung zur Zusammensetzung der Kirchenleitung

Besprochen wurde die Verringerung der Propsteien von fünf auf drei unter Ausnutzung der derzeitigen Vakanzen in zwei Propsteien. Die Propstei Rhein-Main würde aufgelöst. Frankfurt und Offenbach kämen in die Propstei Rhein-Main und Starkenburg. Infolge dessen müssten die Aufgaben zwischen den Propsteien und den Dekanaten neu verteilt werden und Aufgaben aus den Propsteien auf die Dekanate übertragen werden.

Angedacht, aber bislang verworfen, wurde die Abschaffung des Amts der stellvertretenden Kirchenpräsidentin als eigenständiges Amt und die Wahrnehmung dieser Aufgabe durch eine Dezernentin oder Dezernenten.

Klimaschutz

Die Treibhausgasbilanz 2024 wurde vorgestellt. Danach wird bei Gebäuden 78 % fossile Energie benutzt. 59 % des Stroms ist Ökostrom. Im Bereich der Mobilität wird zu 60 % ein PKW benutzt. In den Kitas wird noch immer viel Fleisch angeboten.

Die Datenerfassung ist problematisch. Bei den Gebäuden ist die Fernwärme nicht erfasst und bei der Mobilität wurde nicht erfasst, viele E-Autos benutzt werden.

Im Bereich der Gebäude wären, insbesondere durch Umstellung der Heizungen auf treibhausgasneutrale Alternativen, für „Gesamtkirchliche Gebäude“ zwischen 88 und 109 Mio. € und in den Nachbarschaftsräumen zwischen 36 und 48 Mio. € notwendig.

Im Bereich Mobilität und Verbraucherstärkung werden die Kosten für den Ausbau von Homeoffice, Stärkung des Verbraucherbewusstseins, Umstellung des Fuhrparks, Stärkung der Fahrradnutzung und der öffentlichen Verkehrsmittel auf 24 Mio. € für die Gesamtkirche und 4,9 Mio. € in den Nachbarschaftsräumen geschätzt.